

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 08. Mai 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-08-0030

**Schulentwicklungsplanung für die Jahre 2015-2020
-Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 29.04.2014-**

Mehr als vier Jahre des Planungszeitraums 2010-2015 sind bereits vergangen. Bei der letzten Fortschreibung des Schulentwicklungsplans hat die Landeshauptstadt Wiesbaden auf die kultusministerielle Genehmigung mehr als 15 Monate warten müssen.

Im Hinblick auf die auf internationaler Ebene (UN-Konventionen) vereinbarte inklusive Gestaltung der schulischen Bildung wird im seit dem 1. August 2011 geltenden Hessischen Schulgesetz „inklusive Bildung“ rechtlich fixiert. Wie bereits verschiedentlich von der Fachverwaltung dargestellt, lösen Ausweisung und Bebauung neuer Wohngebiete erhebliche Bedarfe an zusätzlichen Räumlichkeiten bzw. sogar zusätzlichen Schulen aus. Mit der Rückkehr zu „G 9“ an den Gymnasien entsteht wachsender Raumbedarf. In der Wirtschaftsplanung der Stadt wird die Ansiedlung weiterer Gewerbegebiete bis hin zur Ausweisung neuer Gewerbegebiete angestrebt, was in Folge weitere Wohnbebauung erforderlich macht, um die Zunahme der Verkehrsbelastungen zu begrenzen.

Aus all diesen Gründen besteht dringender Bedarf, die Schulentwicklungsplanung sowie die räumlichen und personellen Rahmenbedingungen an den Schulen den aktuellen Erfordernissen und den absehbaren Entwicklungen anzupassen.

Zu Beginn des Jahres 2015 werden viele Schüler/innen und ihre Eltern wieder Entscheidungen für den weiteren Schulbesuch treffen müssen, bei denen sie auf verlässliche Angaben über die Perspektive der Wiesbadener Schulen angewiesen sind.

Es erscheint deshalb dringend geboten, die städtischen Gremien jetzt endlich mit der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für die Landeshauptstadt Wiesbaden zu befassen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge unverzüglich, noch vor der Sommerpause, eine Vorlage zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2010-2015 in die Beratungen einbringen.

Beschluss Nr. 0046

Der Antrag wird abgelehnt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2014

Schickel
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2014

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2014

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister